Angebote der politischen Bildungsarbeit in Justizvollzugsanstalten – ein Beitrag zu Deradikalisierung und Prävention von menschenverachtenden Ideologien und Gewalt?

Bundesweiter Fachtag, 23. Juni 2017, Hannover

Violence Prevention Network

bpb: Bundeszentrale für politische Bildung

Anne Frank Zentrum

Inhaltsverzeichnis

03 **Vorwort**

Input

04 **Über die politische Bildung im Vollzug**
Jens Borchert

05 **Warum es klare Begriffe braucht**
Bettina Doering

Workshops

06 **Aggressionen abbauen**
Ein Projekt des Drudel 11 e.V.

07 **Vorurteile hinterfragen**
Ein Projekt des Violence Prevention Network e.V.

08 **»Lasst mich ich selbst sein.«**
Ein Ausstellungsprojekt des Anne Frank Zentrums in Justizvollzugsanstalten

09 **Vertrauen schaffen**
Ein Projekt von Miteinander – Netzwerk für Demokratie und Weltoffenheit in Sachsen-Anhalt e.V.

Diskussion

10 **Justizvollzugsanstalten: Ein neues Betätigungsfeld der politischen Bildung?**

Impressum

Vorwort

Patrick Siegele, Direktor des Anne Frank Zentrums

Liebe Leserinnen und Leser,

die Auseinandersetzung mit menschenverachtenden Ideologien und Gewalt sind zentrale Themen im Jugendstrafvollzug. Insbesondere im Feld der Deradikalisierung und Prävention von rechtsextremen und islamistischen Einstellungen sind in den letzten Jahren unterschiedliche Projekte der politischen Bildung an Justizvollzugsanstalten entstanden und umgesetzt worden.

Das Anne Frank Zentrum tourt seit zwei Jahren mit der Wanderausstellung »›Lasst mich ich selbst sein.‹ Anne Franks Lebensgeschichte« durch Justizvollzugsanstalten und arbeitet dabei mit dem Ansatz der Peer Education. Auf Grundlage dieser Erfahrungen ist die Idee eines Fachtags entstanden, der in Kooperation mit dem Violence Prevention Network, der Bundeszentrale für politische Bildung und mit freundlicher Unterstützung des Niedersächsischen Justizministeriums am 23. Juni 2017 in Hannover stattfand. Der Titel des Fachtags »Angebote der politischen Bildungsarbeit an Justizvollzugsanstalten – ein Beitrag zur Prävention von menschenverachtenden Ideologien und Gewalt?« verweist auf die Zielrichtung: Mit Multiplikator*innen und Trägern aus dem Feld der politischen Bildung, (pädagogischen) Mitarbeiter*innen verschiedener Justizvollzugsanstalten wie auch Referent*innen der Justizministerien der Länder wurden Chancen und Herausforderungen der politischen Bildung im Strafvollzug diskutiert und Praxiserfahrungen ausgetauscht.

Die vorliegende Broschüre gibt einen Einblick in die Diskussionen und Themen des Fachtags.
Wir danken allen Beteiligten für die interessanten Gespräche und fachlichen Inputs. Ein besonderer Dank gilt dem Niedersächsischen Justizministerium für die Unterstützung und gute Zusammenarbeit.

Patrick Siegele
Direktor des Anne Frank Zentrums

Über die politische Bildung im Vollzug

Jens Borchert, protokolliert von Tom Waurig

Lernen ist im Strafvollzug der Bundesrepublik ein wesentliches Element: Die Gefangenen sollen in die Gemeinschaft integriert werden, aus der sie durch die Haft ausgeschlossen sind. Sie sollen lernen, künftig ein Leben ohne Straftaten zu führen. Der Vollzug ist daher auch ein Ort politischer Bildung, bei der besonders die Entwicklung politischer Mündigkeit im Fokus steht. Lernen durch Peer Education bietet die Möglichkeit, den Lernprozess anders zu organisieren: Dieser findet kooperativ durch gleichgestellte Menschen statt, die sich in ähnlichen Lebenssituationen befinden oder ähnliche Lebensaufgaben zu bewältigen haben – Schüler*innen, Studierende oder Mitgefangene.

Der Ansatz der Peer Education greift gruppendynamische und soziale Prozesse auf, etwa in Form von kommunikativen Übungen, erlebnis- und medienpädagogischen Angeboten. Am Anfang steht häufig der Austausch über Gemeinsamkeiten und Unterschiede. Dabei sind die Peers trotz anderer sozialer Hintergründe gleichrangig. Sie hören ihrem Gegenüber vorbehaltlos zu. Grundsätzlich gehen Projekte der politischen Bildung im Vollzug einen anderen Weg als formale Lernangebote: Ausgehend von informellen Situationen, vom eigenen Erleben, wird der Versuch unternommen, die Inhaftierten zu erreichen. Die angestrebten Lerneffekte und eine gute zwischenmenschliche Beziehung bedingen einander. Bei Lernsituationen im Strafvollzug sind auch die oft schwierigen Bildungsbiografien der Inhaftierten zu berücksichtigen: Etwa ein Fünftel hat beispielsweise große Probleme beim sinnerfassenden Lesen komplexer Texte. Ein dezidiert schulischer Charakter sollte deshalb vermieden werden.

Neben sprachlichen Angeboten können mit dem Ansatz der Peer Education auch andere aktivierende Methoden genutzt werden. Die Inhaftierten haben Spaß daran, Neues auszuprobieren und erfahren, sich für etwas zu begeistern. Viele Gefangene können auf Nachfrage nur selten Hobbys oder Stärken benennen; sie erleben sich oft als defizitär. Diese Sichtweise sollte während der Haft, die bei Jugendstrafgefangenen durchschnittlich 1,5 Jahre dauert, aufgebrochen werden. In dieser Zeit sind die Jugendlichen anwesend, weitgehend »clean« und motiviert zur Mitarbeit. Diese Faktoren zu nutzen und Peers, Medien und die Eltern der Inhaftierten im Vollzug nicht nur als Risikofaktoren zu sehen, sondern als reales Lebensumfeld und immer eben auch als mögliche Ressource, ist eine Voraussetzung für ein gelingendes Lernen, auch und gerade im Vollzug.

Prof. Dr. Jens Borchert *ist Professor für Sozialarbeitswissenschaft an der Hochschule Merseburg. Davor war er über zehn Jahre im Vollzugsdienst tätig. Den Studierenden bringt er diese Arbeit in Seminaren näher.*

Warum es klare Begriffe braucht

Bettina Doering, protokolliert von Tom Waurig

Um Maßnahmen der Straftatvorbeugung zu beschreiben, existieren viele Begriffe: Prävention, Intervention oder Deradikalisierung. Prävention beschreibt alle zielgerichteten Maßnahmen, die auf die Vorbeugung eines bestimmten, in der Regel unerwünschten Zustandes, abzielen. Dazu zählen beispielsweise die Videoüberwachung im öffentlichen Raum oder Aufklärungskampagnen gegen den Missbrauch von Drogen. Intervention hingegen meint das zielgerichtete Eingreifen bei akuten Problemlagen. Angebote zur Deradikalisierung setzen an, wenn der Grad der Radikalisierung – gemeint ist der Prozess, durch den eine Person oder Gruppe extremistisch wird – sehr weit fortgeschritten ist und die Gefahr besteht, dass Menschen sich und andere gefährden.

Gerade der Begriff der Prävention ist wenig eindeutig: Gehört beispielsweise eine Gefängnisstrafe auch in den Bereich der Prävention, weil die Inhaftierten im Idealfall positiv beeinflusst, resozialisiert und von der Begehung weiterer Straftaten abgehalten werden? Selbst die Erziehung zur politischen Mündigkeit und Maßnahmen der Integration werden oft dazu gezählt. Generell gilt, dass sich Prävention einerseits von anderen Maßnahmen der Bildung abgrenzen muss, um nicht beliebig zu sein. Anderseits braucht es eine weite Begriffsbestimmung, um Projekte entsprechend mit öffentlichen Geldern oder Zuschüssen zu unterstützen, die sich der Prävention verschrieben haben.

Im Umgang mit Menschen, die straffällig geworden sind, braucht es den Spagat zwischen Bestrafung, Gesundheit und Integration. Einerseits zielt der Strafvollzug darauf ab, dem Rechtsempfinden der Bevölkerung zu entsprechen und diese vor Straftäter*innen zu schützen. Andererseits richtet er seine Angebote darauf aus, Inhaftierte durch Maßnahmen der Resozialisierung positiv zu beeinflussen. Hierzu eignen sich insbesondere die schulische und berufliche Bildung, sozialtherapeutische Angebote, Anti-Gewalt-Trainings sowie Ausstiegs- und Distanzierungsangebote.

Grundsätzlich aber ist es sinnvoll, Maßnahmen der Prävention, Intervention und Deradikalisierung sowie deren Zielgruppen voneinander zu trennen, um möglichst trennscharf zu arbeiten. Gleichzeitig bietet die politische Bildung im Strafvollzug zahlreiche Schnittstellen, die es zu berücksichtigen gilt. Um letztlich erfolgreich zu sein, sollte sich das pädagogische Angebot zuvorderst an den Bedarfen der Teilnehmer*innen orientieren.

Dr. Bettina Doering *arbeitet für den Landespräventionsrat in Niedersachsen und ist zuständig für den Bereich Beratungsangebote zur Vermeidung von Radikalisierung. Sie studierte Psychologie in Jena.*

Aggressionen abbauen

Ein Projekt des Drudel 11 e.V.

*Alexandra Göpel betreut mit dem Jenaer Verein Drudel 11 jugendliche Straftäter*innen, die zu rechtsextremen Ideologien und Gewalt neigen.*

Straftaten mit politischem Hintergrund nehmen in der Bundesrepublik weiter zu – dies geht aus der Kriminalstatistik des Bundesinnenministeriums hervor. Allein im vergangenen Jahr sind die rechtsmotivierten Gewalttaten um etwa 14 Prozent angestiegen. Um dem entgegenzuwirken, betreut der Verein Drudel 11 aus Jena seit 2004 jugendliche Straftäter*innen, die zu rechtsextremen Ideologien und Gewalt neigen. In einem zweiwöchigen Trainingsprogramm wird versucht, die Aggressionsschwellen der Teilnehmenden zu senken, rechtsextreme Weltbilder zu hinterfragen und Vorurteile abzubauen. Dabei werden die jungen Menschen mit ihren Gewaltstraftaten konfrontiert; sie erproben Strategien zur Rückfallvermeidung und setzen sich mit rechtsextremen Denkmustern, der Geschichte des Nationalsozialismus und demokratischen Werten auseinander. Die Teilnahme kann freiwillig erfolgen oder durch Gericht, Staatsanwaltschaft oder Jugendgerichtshilfe angeregt werden. »Die Vertrauensbasis, die wir versuchen aufzubauen, ist entscheidend für den Erfolg. Die Inhaftierten begreifen den Kurs nicht als Strafe, sondern als Chance«, erklärt Mitarbeiterin Alexandra Göpel. Nach der Entlassung aus dem Jugendarrest werden die Jugendlichen auch weiterhin intensiv betreut. Eine Untersuchung der Universität Jena hat ergeben, dass die Teilnehmer*innen nach den zwei Wochen deutlich weniger aggressiv sind und weniger Vorurteile haben.

Beim Fachtag stellten gleich vier Projekte ihre pädagogische Arbeit in Justizvollzugsanstalten vor.

Teilnehmerinnen aus Berlin:

»Die Justizvollzugsanstalten sind ein völlig neues Thema, das nun die politische Bildung erreicht.«

»Demokratieentwicklung funktioniert nicht ohne Radikalisierungsprävention. Der Strafvollzug und die Bewährungshilfe sind neue Themenfelder, die eine wichtige Rolle spielen.«

Teilnehmer aus Leipzig:

»Die Inhaftierten begreifen politische Bildungsangebote eher als Chance und weniger als Strafe. Daher müssen wir ihnen Instrumente an die Hand geben, damit sie nicht rückfällig werden.«

Teilnehmerin aus Bonn:

»Junge Häftlinge haben durchaus den Wunsch sich zu verändern, wissen aber oft nicht wie. Deswegen brauchen sie das entsprechende Werkzeug und sie brauchen vor allem Menschen an ihrer Seite, die daran glauben, dass sie sich auch tatsächlich verändern können.«

Teilnehmerin aus Hannover:

»Es gibt im gesamten Bundesgebiet einen Anstieg extremistischer Gewalttaten. Politische Bildungsangebote können einen wichtigen Beitrag zur Entwicklung menschenrechtsorientierter Werte schaffen. Ich bin der Meinung, dass wir der Jugend in Sachen gesellschaftlicher Teilhabe viel zu wenig zutrauen und abverlangen.«

Vorurteile hinterfragen

Ein Projekt des Violence Prevention Network e.V.

Ob einzeln oder in der Gruppe, Angebote für Inhaftierte oder Fachkräfte – das Portfolio des VPN für die Deradikalisierung im Strafvollzug ist breit. Dazu gehören auch Workshops zur politischen Bildung: Ein präventives Angebot, um die Attraktivität von Demokratie und Diversität sichtbar zu machen. Angesprochen werden radikalisierungsanfällige junge Menschen, die im Justizvollzug mit demokratiefeindlichen Ideologien in Berührung kommen könnten. Nur sehr selten verfügen sie über geschlossene Weltbilder, vertreten aber häufig Ressentiments gegenüber Menschen, die als »anders« wahrgenommen werden. »Voraussetzung für die Teilnahme sind ein Interesse am Thema und ein in Ansätzen erkennbares Reflexionsvermögen«, wie der Verein erklärt. Zu den Inhalten der Workshops gehören etwa die Themen Flucht, Migration und Migrationsgeschichte, Demokratie und Nationalismus, der Islam und andere Religionen oder der Konflikt im Nahen Osten. Ein festes Curriculum gibt es nicht; die Inhalte gehen von den Interessen der Teilnehmer*innen aus. Anhand ihrer Überzeugungen wird gefragt, was sie umtreibt und sie von ihrer Umwelt zu wissen glauben. Sie sollen über eigene Werte nachdenken und Grundregeln menschlicher Kommunikation einüben. Insgesamt finden zwölf Sitzungen à zwei Stunden statt. Durch das Hinterfragen und den Austausch kommt es im Idealfall zu einer Erweiterung des eigenen Blickwinkels und daraus folgenden Korrekturen an menschenverachtenden Weltbildern.

Teilnehmer aus Erfurt:

»Gerade die Verantwortlichen in Justizvollzugsanstalten haben hohe Erwartungen an die Angebote der politischen Bildung – der Druck ist groß. Dennoch dürfen wir die Inhaftierten auch nicht überfordern. Man muss sich fragen, welche Ziele junge Gefangene überhaupt erreichen können.«

Teilnehmer aus Hannover:

»Es geht immer darum, eine gesunde Beziehung untereinander zu schaffen, um eine Situation zu ermöglichen, die Bildung überhaupt zulässt.«

*Im Workshop des Violence Prevention Network ging es praktisch zu: Die Teilnehmer*innen bekamen die Aufgabe, gemeinsam ein Bild zu zeichnen – ohne sich abzusprechen.*

»Lasst mich ich selbst sein.«

Ein Ausstellungsprojekt des Anne Frank Zentrums in Justizvollzugsanstalten

*Franziska Göpner und Jakob Eichhorn bilden junge Häftlinge zu Ausstellungsbegleiter*innen aus.*

Wie können auch junge Gefangene im Strafvollzug mit Angeboten der historisch-politischen Bildung erreicht werden und von diesen profitieren? Diese Frage nahm das Anne Frank Zentrum zum Anlass, um Wanderausstellungsprojekte zur Geschichte Anne Franks und der Zeit des Nationalsozialismus auch in Justizvollzugsanstalten umzusetzen. Die Erfahrungen der letzten zweieinhalb Jahre zeigen, wie der biografische Zugang über Anne Franks Leben und ihr Tagebuch eine Auseinandersetzung mit den nationalsozialistischen Verbrechen, Fragen der Erinnerung und deren Bedeutung in der Gegenwart auch für diese Zielgruppe ermöglicht. Im Rahmen der Präsentation der Ausstellung »›Lasst mich ich selbst sein.‹ Anne Franks Lebensgeschichte« werden die Gefangenen bei einem zweitägigen Seminar entlang des pädagogischen Ansatzes der Peer Education ausgebildet. Als Peer Guides begleiten sie schließlich andere Insass*innen und Besucher*innen durch die Ausstellung. Neben der Beschäftigung mit der Geschichte setzen sich die Peers mit Fragen von Identität und Zugehörigkeiten, eigenen Ressentiments wie auch aktuellen Beispielen von Antisemitismus, Rassismus und anderen Formen der Diskriminierung auseinander. An diesen Themen wird die Aktualität der Geschichte deutlich. Gerade die Geschichte von Anne Frank, ihrem Tagebuch, ihr Leben im Versteck und die Erfahrungen des Eingesperrtseins ermöglichen einen Zugang für junge Menschen in Haft.

Teilnehmerin aus Berlin:

»Es gibt viele Dinge, die werden auch politische Bildungsangebote nicht ändern können.«

Teilnehmerin aus Braunschweig:

»Wir bewegen uns in einem Spannungsfeld – auf der einen Seite will der Staat auf die Haltungen der Häftlinge Einfluss nehmen, auf der anderen Seite sind wir dem Beutelsbacher Konsens verpflichtet.«

Teilnehmer aus Köln:

»Trotz des besonderen Ortes gibt es unterschiedliche Handlungsoptionen für die politische Bildung.«

Teilnehmer aus Halle:

»Selbstwertgefühl spielt eine entscheidende Rolle bei der Anfälligkeit für radikales Denken. In solchen Gruppen wird die Sehnsucht nach Anerkennung gestillt. An dieser Stelle müssen wir gegensteuern.«

Vertrauen schaffen

Ein Projekt von Miteinander – Netzwerk für Demokratie und Weltoffenheit in Sachsen-Anhalt e.V.

*Die Referent*innen des Miteinander e.V. setzen in ihren Angeboten beispielsweise auf Biografie-Arbeit, Theaterpädagogik und Methoden der Menschenrechtsbildung.*

Auf den ersten Blick sind es getrennte Welten: politische Bildung, Freiräume und Gefängnis. Dennoch unternimmt der Miteinander e.V. den Versuch, einen Haftaufenthalt als Chance zu begreifen, um bei Jugendlichen einen positiven Wandel in der Wahrnehmung und in ihrem Verhalten einzuleiten. Aus diesem Grund arbeitet der Verein seit mittlerweile 13 Jahren in Haftanstalten mit rechtsorientierten jungen Menschen. »Ziel ist, Einfluss auf Radikalisierungsprozesse zu nehmen, diese zu unterbrechen und im günstigsten Fall zu unterbinden«, fassen die Verantwortlichen zusammen. Demzufolge finden mehrmonatige, modulare Trainings mit einer festen Gruppe statt, um Einstellungen, Haltungen und die eigene Situation kritisch zu hinterfragen – die Teilnahme ist freiwillig. Die Referent*innen setzen auf Theaterpädagogik, Biografie-Arbeit und Methoden der Menschenrechtsbildung. Im geschützten Rahmen werden außerdem Freiräume oder Veränderungsideen erprobt, die möglichst nach der Haft im Sozialraum Wirkung entfalten sollen. Herausfordernd ist die Zusammensetzung der Gefangenen – in den ersten Übungen geht es daher vor allem um Vertrauen und Zusammenarbeit. Die Stimmen der Teilnehmer*innen geben dem Recht: »Man hat gesehen, dass es viele unterschiedliche Charaktere gibt und dass man entgegen den ganzen Vorurteile offener auf die Leute zugehen sollte und dadurch positiv überrascht werden kann.«

Während des Fachtages gab es immer wieder Möglichkeiten zum Austausch und zur Diskussion.

Teilnehmer aus Frankfurt:

»Die didaktische Vorbereitung ist durch das Setting im Gefängnis entscheidend: rauchen wir mit denen, sagen wir ›Du‹ oder ›Sie‹, wie reagieren wir, wenn sich jemand rassistisch äußert?«

Teilnehmerin aus Berlin:

»Nicht selten müssen wir zuallererst gegen die vorherrschende Meinung ankämpfen: Wenn man sich im Knast verändern will, sei man eine ›Pussy‹.«

Justizvollzugsanstalten: Ein neues Betätigungsfeld der politischen Bildung?

In einem Punkt waren sich die Teilnehmer*innen des Fachtages einig: Mit den Justizvollzugsanstalten ist für die politische Bildung ein neuer Kontext entstanden und in den letzten Jahren weiter gewachsen, wodurch die Nachfrage nach guten und vor allem zielgruppenspezifischen Angeboten stetig gewachsen ist. Neben dem inhaltlichen und didaktischen Vorgehen, das in der Arbeit mit jungen Häftlingen durchaus anders sein kann, besteht ein entscheidender Schritt darin, eine zwischenmenschliche Beziehung aufzubauen, um Situationen zu ermöglichen, die Bildung überhaupt zulassen. Dabei sollte man sich aber auch darüber bewusst sein, so die Meinung der Teilnehmer*innen, dass es Faktoren gibt, die man nicht beeinflussen kann, bedingt durch die Situation der Haft, die den Alltag der Gefangenen prägt. Dazu zählen insbesondere die Rahmenbedingungen im Strafvollzug und der Aspekt der Unfreiheit, aber auch bestehende Hierarchien zwischen den Gefangenen.

Um sich genau über diese Hürden, Herausforderungen und Besonderheiten in der politischen Bildung im Strafvollzug auszutauschen, wurde dieses Zusammentreffen von Trägern der politischen Bildung, Multiplikator*innen und Mitarbeiter*innen aus dem Strafvollzug als besonders wertvoll und ergiebig eingeschätzt. Der Fachtag »Angebote der politischen Bildungsarbeit in Justizvollzugsanstalten – ein Beitrag zur Deradikalisierung und Prävention von menschenverachtenden Ideologien und Gewalt« ermöglichte nicht nur ganz unterschiedliche Perspektiven auf dieses doch recht neue Themenfeld, sondern gab außerdem einen intensiven Einblick in bestehende Projekte und deren Herangehensweise. Dabei kam unter anderem zur Sprache, dass es mit Blick auf die Nachhaltigkeit pädagogischer Projekte, die im Strafvollzug umgesetzt werden, wichtig ist, neben den Gefangenen und dem pädagogischen Personal – in diesem Fall den Sozialarbeiter*innen – bei der Konzeptionierung von Bildungsangeboten auch andere Personenkreise in den Blick zu nehmen, die für das Gelingen der Projekte von großer Bedeutung sind: Vollzugsbeamt*innen, Schließer*innen oder auch die Eltern der jungen Gefangenen. Dies sind wichtige Gelingensbedingungen der Prävention und Intervention menschenverachtender und diskriminierender Einstellungen und Handlungen im Strafvollzug.

Unvermeidlich ist es, genauer die Gemeinsamkeiten und Unterschiede zwischen Angeboten der politischen Bildung mit dem Ziel der Prävention bzw. der Intervention, zu definieren. Die unterschiedliche Zielsetzung beider Felder beeinflusst deutlich das jeweilige pädagogische Setting. Der spezifische Rahmen des Strafvollzugs und der fehlende Charakter von Freiwilligkeit erfordern es zudem, Formate und Methoden neu zu denken. Die Praxisbeispiele zeigen unterschiedliche Wege auf, welche Schritte möglich und denkbar sind und wie Bildungsprozesse auch in Haft erfolgreich werden. Auch ist es wichtig, die Zielgruppe der Gefangenen und das spezifische Setting des Strafvollzugs wahrzunehmen und in die Konzeption von Bildungsangeboten einzubeziehen, ohne jedoch erneut stigmatisierende Zuschreibungen, beispielsweise der sogenannten »bildungsfernen Jugendlichen« zu reproduzieren. Trotz aller institutionellen Hürden und Herausforderungen, die mit einer Haftstrafe einhergehen, ist doch eines klar: Wenn es nicht gelingt, Angebote der politischen Bildung im Strafvollzug umzusetzen und in naher Zukunft fest im Haftalltag und dem Curriculum der Justizvollzugsanstalten zu verankern, wird die Zielgruppe der Gefangenen kaum erreichbar sein.

Impressum

Herausgeber
Anne Frank Zentrum e. V., Rosenthaler Straße 39, D-10178 Berlin
Tel.: +49 30 288 86 56 00, Fax: +49 30 288 86 56 01
zentrum@annefrank.de, www.annefrank.de

V.I.S.D.P.: Patrick Siegele
Redaktion: Franziska Göpner, Tom Waurig, Roman Guski
Lektorat: Janine Quandt
Fotos: Benjamin Jenak, Stephan Pramme (S. 3), Ralph Pache (S. 8)
Layout: Kerstin John, Kommunikationsdesign
Druck: Pinguin Druck GmbH

Berlin, im November 2017

Eine Veranstaltung in Kooperation mit:

Violence Prevention Network

bpb: Bundeszentrale für politische Bildung

Mit freundlicher Unterstützung von:

Gefördert vom
Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

im Rahmen des Bundesprogramms
Demokratie leben!

Niedersächsisches Justizministerium

Die vorliegende Broschüre dokumentiert die Beiträge und Diskussionen des Fachtags »Angebote der politischen Bildungsarbeit an Justizvollzugsanstalten – ein Beitrag zur Deradikalisierung und Prävention von menschenverachtenden Ideologien und Gewalt?« des Anne Frank Zentrums in Kooperation mit dem Violence Prevention Network und der Bundeszentrale für politische Bildung, der am 23. Juni 2017 erstmalig stattfand. Im Rahmen der Veranstaltung wurden Ansätze und Praxisbeispiele aus dem Feld der politischen Bildung im Strafvollzug vorgestellt und diskutiert. Die Broschüre gibt einen Anstoß zu einer fachlichen Diskussion über Chancen, Rahmenbedingungen und Grenzen von Angeboten der Prävention und Intervention pädagogischer Arbeit im Strafvollzug.